

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

2./XIX/14

Bonn, den 21. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Es ging um die Menschen

64

Antwort auf die Kritiker des Berliner Passierscheinabkommens...

Von Dr. h.c. Otto Bach

Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses

2a

Auftakt für Genf

25

Zu Johnsons Botschaft an Chruschtschow

2a

Zu schwieriges Gelände

23

Haben wir eine starke, zielbewußte Regierung?

3 - 4

25 Jahre danach

66

Niederlage Francos im Europa-Rat

Von Peter Blachstein, MdB

5 - 6

Bzao oder die Strapazierung der Menschenrechte

68

Ein exemplarischer Fall, der zwei Völker besorgt machen muß

Chefredakteur Günter Markscheffel

21. Januar 1964

### Es ging um die Menschen

Antwort auf die Kritiker des Berliner Passierscheinabkommens

Von Dr. h. c. Otto Bach

Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses

Die in voller Übereinstimmung zwischen Senat, Bundesregierung und alliierten Schutzmächten durchgeführte und bislang auf die Weihnachtszeit beschränkte Passierscheinaktion hat zu mannigfachen Diskussionen Anlaß gegeben. Sie erreichten ihren Höhepunkt in der Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus, in deren Verlauf die Berliner CDU in Opposition zur Berliner SPD-FDP-Koalition, aber auch in Opposition zur Bonner CDU-FDP-Koalition auftrat.

Während bei uns Argumente und Gegenargumente in freier demokratischer Auseinandersetzung abgewogen wurden und werden, kann man über die Überlegungen und Motive der Machthaber in einer Diktatur nur Vermutungen anstellen. Da in der "ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht auf deutschem Boden" die Bevölkerung nichts zu sagen hat, sondern nur die neuerstandene herrschende Funktionärsklasse (Art. 3 der Zonenverfassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus") und die ostzonale Presse mit strengen Anweisungen gelenkt wird (Art. 9 der Zonenverfassung: "Eine Pressezensur findet nicht statt"), muß man die tatsächliche Situation analysieren und daraus Rückschlüsse auf die beabsichtigte Wirkung bestimmter Maßnahmen ziehen.

### Errichtung der Mauer - ein Verzweiflungsschritt

Vordergründig wurde die Mauer errichtet als verzweifelter Schritt des Ulbricht-Regimes, die Massenflucht der Arbeiter und Bauern aus dem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu stoppen. Dazu kam die im Westen meist unterschätzte ideologische Schwierigkeit, in einem Staatsgebilde mit einer neuen Ausbeuterklasse, mit sinkendem Realeinkommen, mit steigenden Arbeitsnormen, krisenhafter wirtschaftlichen Disproportionen, Rückständen in der Exportverpflichtungen, mangelhaften Sozialleistungen und unerfüllten Zukunftsversprechungen auf eine Übrerrundung der Bundesrepublik nachzuweisen, daß jenseits des Brandenburger Tores Not und Massenelend, wachsende Arbeitslosigkeit und Depressionen herrschten.

Die enormen unproduktiven Ausgaben, die Unterhaltung des gewaltigen zentralen und regionalen Planungsapparates, die Belastung durch das Heer der Parasiten von Schulungsleiter bis zum Kulturdirektor, die Rüstungsausgaben, die überhöhten Preise für die Einfuhr aus dem Land der "sowjetischen Freunde" erzwangen das Produktionsaufgebot unter dem Motto "Für das gleiche Geld in der gleichen Zeit mehr produzieren". Es ist kein Zufall, daß einen Monat vor der Einführung dieses Produktionsaufgebotes mit seiner über das Maß der Zeit vor dem Volksaufstand

### Druck der "sowjetischen Freunde"

Vielleicht hat Walter Ulbricht seit langem ein "Angebot" zur Öffnung der Mauer in West-Ost-Richtung (obwohl doch ein "Schutzwall" nur die andere Richtung kennen dürfte!) mit politisch untragbaren Bedingungen vorgeschwebt, um sich ein Alibi zu schaffen. Dazu kam zweifellos ein Druck der "sowjetischen Freunde". Ich habe persönlich in Gesprächen mit Vertretern des afroasiatischen Blocks bei meinem kürzlichen Aufenthalt in New York einen Eindruck davon gewonnen, welche peinlichen Fragen diese UN-Delegierten an die sowjetischen Vertreter bezüglich der Mauer gestellt haben und immer wieder stellen. Die wiederholten sowjetischen Äußerungen über das "ewige Gerede von der Mauer" zeigen die Nervosität. Solche Fragen rühren ja an den wunden Punkt des Ostblocks, an die Richtigkeit der kommunistischen Ideologie.

Eine glatte Ablehnung wäre Ulbricht als Alibi gelegen gekommen. Da sie nicht erfolgte, versuchte er zweifellos, wenigstens einiges für eine Aufwertung der "DDR" herauszuschlagen. Dabei wurde ihm allerdings durch den - ästhetisch verpönten - "Selbstlauf" der Dinge ein Knüttel zwischen die Beine geworfen. Wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht über die Möglichkeit eines Wiedersehens mit Eltern oder Kindern in Ost-Berlin und in der Zone verbreitet. So konnten die Forderungen der anderen Seite nicht ins Unmögliche heraufgeschraubt werden, weil die Bevölkerung inzwischen hellhörig geworden war. Die Mahnung an uns "Laßt Euch nicht einwickeln" drang über die Mauer herüber.

### Im Vordergrund das menschliche Problem

Damit komme ich zur Analyse vom westlichen Standpunkt aus. Im Gegensatz zu den Überlegungen der östlichen Seite mußte für uns von vornherein das menschliche Problem im Vordergrund stehen. Wer die Weihnachtstage in Berlin mit wachen Augen beobachtet hat, der weiß, was das bedeutet. Aber es gab eine politische Grenze, die nicht überschritten werden durfte. Sie zu erkennen, hätte es nicht des feigen Flüchtlingsmordes bedurft, der die Freude über das Wiedersehen so schmerzlich überschattete und die tatsächliche Situation vor aller Welt grell beleuchtete. Natürlich hätte es bessere Lösungen gegeben, wenn es allein nach uns hätte gehen können. Aber sind wir deshalb "eingewickelt" worden? Hat Ulbricht eine Salamischeibe abgeschnitten? Östliche Zeitungen versuchen, einen solchen Eindruck zu erwecken. Aber das millionenfache gesamtdeutsche Gespräch, das in den Wohnungen in Pankow und Prenzlauer Berg, in Treptow und Köpenick stattfand, hatte eine andere Tonart als die Leitartikler des "Neuen Deutschland".

Bei wem soll die "DDR" aufgewertet worden sein? Bei den Menschen im Ostsektor, die endlich einmal ihr Herz ausschütten und die Wahrheit über unsere "dekadente, in voller Auflösung begriffene Gesellschaftsordnung" erfahren konnten? Bei den West-Berlinern, die mit eigenen Augen die graue Wirklichkeit des trostlosen Lebens im Land des verratenen Sozialismus sahen? In der Welt, für die sich der "antifaschistische Schutzwall" selbst entlarvte, weil ein Mensch, der auf diesen "Schutz" verzichtet wollte, mit dem Leben dafür bezahlen mußte?

Es ist selbstverständlich, daß über künftige Aktionen dieser Art nicht allzuviel gesagt werden sollte. Sicherlich wird Ulbricht mit der Regelung der Weihnachts-Aktion nicht zufrieden sein. Andererseits wird selbst ihm als gewiegtem Dialektiker der Nachweis schwerfallen, daß die gleichen und technisch verbesserten Bedingungen, unter denen die Aktion (von äußeren und abstellbaren Schwierigkeiten abgesehen) reibungslos vonstatten ging, für ihn unerträglich seien. Die Berliner Bevölkerung in Ost und West mit ihrem wachen politischen Sinn wird für die Grenze volles Verständnis haben, die uns gesetzt ist. Sie ist nicht überschritten worden, und sie wird auch nicht überschritten werden.

21. Januar 1964

Auftakt für Genf

Zu Johnsons Botschaft an Chruschtschow

sp - Die Antwort Präsident Johnsons auf die Neujahrsbotschaft von Chruschtschow läßt sowohl nach ihrem Inhalt wie auch nach dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung erkennen, daß der US-Präsident den sowjetischen Ministerpräsidenten noch v o r Beginn der nunmehr in Genf angelaufenen Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der UNC über die amerikanischen Absichten unmißverständlich unterrichten wollte. Hierbei ist es für uns in Deutschland gut zu wissen, daß die amerikanische Politik eine gerechte Lösung des Deutschlandproblems in seinem ganzen Umfang in den Rahmen ihrer eigenen Strategie des Friedens stellt.

Sehr beachtlich ist aber auch der Hinweis Johnsons, daß die USA jetzt bei Abrüstungsgesprächen anstelle der noch 1959 üblichen Methode globaler Vorschläge und Gegenvorschläge nunmehr die Methode des Zug und Gegenzugverfahrens in die Verhandlungstaktik einführt. Dies hat sich schon im vergangenen Jahr bei den Verhandlungen über den Abschluß des Atomteststopp-Abkommens bewährt. Seinerzeit sagte man, es sei besser, über ein T e i l - problem zu diskutieren und dies zu lösen, als ganze "Pakete" auf den Verhandlungstisch zu legen, um sie wieder unter den Tisch zu diskutieren, wenn die andere Seite nicht gewillt ist, das g a n z e "Paket" zu akzeptieren. Insofern steht die Welt nach der Johnson-Botschaft an Chruschtschow vor einer andersgearteten Phase der Ost-Westauseinandersetzung über das Abrüstungsproblem als in früheren Zeiten.

Zu schwieriges Gelände

sp - Noch wäre es zu früh, so etwas wie eine Art Zwischenbilanz über die Tätigkeit, Erfolge und Mißerfolge der Regierung Erhard zu ziehen. Dazu ist die Zeit von drei Monaten zu kurz, sie reicht zu einer Beurteilung nicht aus. Noch gibt jedermann dem Nachfolger Adenauers alle Chancen, er hatte einen guten Start gehabt, die öffentliche Meinung war ihm wohlgesonnen, auch die parlamentarische Opposition bezog Wartestellung. Wird diese wohltemperierte Atmosphäre anhalten? Hier melden sich Zweifel an. Das erste Kabinett Erhard ist doch nicht so stark, geschlossen, zielstrebig, wie es sich nach aussen hin den Anschein gibt. Die neuerlichen Spannungen dringen in Wellenschlägen an die Oberfläche. Die letzte Kontroverse um den Bundestagsvizepräsidenten Dehler bringt den Koalitionspartner der CDU/CSU in eine peinliche Lage. Sich von ihm und seinen jüngsten Äußerungen zu distanzieren, käme der FDP nicht zugute, hat doch Dehler auf dem letzten Parteitag die höchste Stimmenzahl erhalten. Doch geht es nicht allein um Personenfragen, auch auf Sachgebieten bestehen zwischen beiden Regierungsparteien tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, am sichtbarsten in der Behandlung des Sozialpakets. Dieses Gesetzeswerk, das ein innenpolitisches Glimmstück der vierten Koalitionsperiode des Bundestages sein sollte, liegt nun in Trümmern; es wieder zusammenzuflicken, geht über die Kraft der Koalition. Im Falle der Erhöhung der Kriegsoffizierrenten hat die Regierung das Parlament nicht auf ihrer Seite, hier ist Erhard einer Fehleinschätzung unterlegen. Erhard steht wohl an der Spitze der Regierung, aber führt er sie auch? Die Zeit, den Führungsnachweis zu liefern, verrinnt, der Schatten der fünften Bundestagswahlen beeengt seinen innenpolitischen Spielraum.

25 Jahre danach

Niederlage Francos im Europa-Rat  
Von Peter Blachstein, MdB

Fünfundzwanzig Jahre nach dem Untergang der spanischen Republik im Feuer spanischer, italienischer und deutscher Faschisten gab es im Europa-Rat in Straßburg eine große, leidenschaftliche Diskussion über die spanische Diktatur und ihr Verhältnis zu Europa. Der Anlaß war der Versuch, den vor drei Jahren gegebenen Auftrag, die Verhältnisse in Spanien zu untersuchen und durch den Europa-Rat die Öffentlichkeit über das Ergebnis zu unterrichten, dadurch abzuwürgen, daß ohne Bericht über die Verhältnisse in Spanien zur Tagesordnung übergegangen werden sollte. So hatten es Francos Diplomaten gewünscht, ohne allerdings das demokratische Selbstbewußtsein des Europa-Rates und eine breite Gegnerschaft gegen Franco unter den europäischen Parlamentariern richtig einzuschätzen.

Vorstoß von Frau Renger, MdB

Zunächst war von dem deutschen sozialdemokratischen Mitglied des Europa-Rates, Frau Renger, ein vorzüglicher Bericht im Ausschuß für die nichtrepräsentierten Nationen vorgelegt und einstimmig angenommen worden. Dieser Bericht, der nie veröffentlicht wurde, ging dann an den Politischen Ausschuß, wo er solange liegenblieb, bis die sozialistische Fraktion seine Behandlung in der Vollversammlung forderte. Die Mehrheit dieses Ausschuß legte aber nicht diesen Bericht vor, sondern empfahl die Angelegenheit aus dem Register des Europa-Rates zu streichen, da inzwischen viel Material über Spanien veröffentlicht worden sei und die Feststellungen über die wirklichen Zustände in Spanien zu schwierig seien. Das klägliche Manöver scheiterte, weil die Mehrheit des Europa-Rates diesen Hilfsdienst für Franco zu leisten, nicht bereit war.

Franco fand keine Verteidiger

Es verdient festgehalten zu werden, daß niemand in dieser Diskussion wagte, die spanische Diktatur zu verteidigen. Die Sozialisten, die die Diskussion erzwungen hatten, rechneten mit dem Terror in Franco Spanien ab und forderten die Menschenrechte für die Völker in Ost und West und volle demokratische Freiheit für alle Völker. Sie warnten vor einer doppelten Moral gegenüber den Diktaturen

im Osten und Westen und hielten die Anwendung gleicher Prinzipien für alle Völker für notwendig. Der Österreicher Czernetz, die Deutschen Frau Renger, Blachstein und Bauer, Sozialisten aus Skandinavien und England bekannten sich zu den demokratischen Kräften Spaniens wie sie in den großen Streiks der spanischen Arbeiter, in zahlreichen Kundgebungen katholischer Geistlicher und Erklärungen von Intellektuellen, Professoren und Studenten Überzeugend zum Ausdruck gekommen sind. Sie erklärten Spanien werde ein willkommener Partner in den europäischen Gemeinschaften an dem Tage sein, an dem die spanische Demokratie wiederhergestellt sein wird.

#### Konservative und Sozialisten

Es war bekannt, daß die Sozialisten gegen den Terror in Spanien Stellung nehmen würden. Das wesentliche dieser Diskussion aber war die Tatsache, daß niemand wagte, die spanische Regierung zu verteidigen. Nur einige schüchterne Versuche wurden unternommen, nachzuweisen, daß einiges sich in den letzten Jahren in Spanien verändert und verbessert habe und schließlich die Diktatur Francos nicht so schlimm wie die der Kommunisten sei. Eine Verteidigung, die kaum nach dem Geschmack der Anhänger Francos sein dürfte. Neben den Sozialisten waren es Liberale und Konservative aus vielen europäischen Ländern, die ihre klare Ablehnung Franco Spaniens ausdrückten. Die Diskussion bewies die Isolierung Franco Spaniens.

Die deutschen Spanienfahrer und Francoförderer beteiligen sich an dieser Diskussion nicht. Das Auswärtige Amt wird hoffentlich endlich erkennen, daß die Fortsetzung der Liebedienerei vor Franco die Bundesrepublik von den demokratischen Kräften in der Welt isoliert und in der Verdacht bringt, den Rest Hitlerscher Gewaltpolitik in Europa konservieren zu wollen.

#### Spanien bleibt auf der Tagesordnung

Der Europa-Rat hat seinen Politischen Ausschuß gezwungen, die Information über die Verhältnisse in Spanien auf der Tagesordnung zu belassen. Spanien bleibt auch auf der europäischen Tagesordnung weil Franco drängt, in die europäischen Gemeinschaften aufgenommen zu werden. Der Erfolg dieser Diskussion sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Franco in allen Ländern reaktionäre Verbündete hat. Europa hat eine schwere Schuld am Untergang der spanischen Demokratie. Es hat jetzt die Möglichkeit einen Teil dieser Schuld durch Unterstützung der freiheitlichen Kräfte Spaniens abzutragen.

### Ezac oder die Strapazierung der Menschenrechte

Ein exemplarischer Fall, der zwei Völker besorgt machen muß

sp - Am 20. Oktober 1962 entzog der französische Konsul in Berlin dem französischen Staatsbürger Bernard-Charles Ezac den bis 1965 gültigen Reisepaß. Seit dem 20. Oktober 1962 kämpfen Ezac und mit ihm seine französischen und deutschen Freunde sowie große Jugendorganisationen wie der Deutsche Bundesjugendring und zahlreiche französische Verbände bisher erfolglos dafür, daß diese Maßnahme, für die keinerlei stichhaltige Gründe angegeben wurden, zurückgenommen oder daß der nunmehr allmählich alarmierten französischen und deutschen Öffentlichkeit von den französischen Behörden klargemacht wird, welche Beschuldigungen die Republik Frankreich gegen ihren Staatsbürger erhebt, die so schwer sind, daß man ihn praktisch in Westberlin einsperrt und das Menschenrecht der Freizügigkeit so eklatant verletzt.

Die Aktenstöße im Fall Ezac sind inzwischen zu zentimeterdicken Bänden geworden. Es liegen Briefe an den Staatspräsidenten General de Gaulle, an den französischen Innenminister Frey, an den Staatssekretär für Jugend und Sport, Herzog, an den französischen Stadtkommandanten in Berlin, an den französischen Konsul in Berlin, an den Bundesausßenminister Dr. Schröder, an den Bundesminister für Familien- und Jugendfragen, Heck, an den Berliner Senator für Jugend und Sport, Neubauer, usw., usw. vor. Der Fall Ezac beschäftigt seit Oktober 1962 in immer intensiverer und deutlicherer Weise die deutschen und die französischen Jugendverbände, den Deutschen Bundesjugendring und die World Assembly of Youth; es gab Pressekonferenzen in Paris und Bonn, die französische und deutsche Presse schreibt über den Fall Ezac, und immer nachdrücklicher wird von den Vertretern der französischen und deutschen Jugendverbände der Mahn- und Warnruf erhoben, daß dieser Fall Ezac das deutsch-französische Verhältnis belasten und die Arbeit des deutsch-französischen Jugendwerkes behindern könnte.

### Betroffenes Schweigen

Warum schweigen die französischen Behörden, warum sagen der französische Innenminister Frey und der französische Jugend-Staatssekretär Herzog in ihren Antworten auch nicht andeutungsweise die Gründe für diese spektakuläre Maßnahme des Reisepaß-Entzugs für einen französischen Staatsbürger, von dem seine Freunde in Frankreich und in der Bundesrepublik sagen, daß er ein Wegbereiter der deutsch-französischen Verständigung sei? Bernard-Charles Ezacs französische und deutsche Freunde sitzen in allen Parteilagern. In der Bundesrepublik sprechen für Ezac prominente Jugendvertreter aus der christlich-sozialen und der sozialdemokratischen Partei sowie aus der katholischen und aus der evangelischen Kirche. Es sprechen für ihn aber auch alle jungen und älteren Menschen, die sich mit der erschütternden Tatsache konfrontiert sehen, daß im Jahre 1964 ein junger Staatsbürger eines großen freien Staates der freien Welt um seine Menschenrechte kämpfen muß, nur weil er offenbar mit der politischen Doktrin seines Heimatlandes in Widerstreit geraten ist.

Denn solange die französische Regierung nicht in der Lage ist, ihrem Bürger Bernard-Charles Ezac nachzuweisen, daß er sich gegen die Gesetze der Republik Frankreich vergangen hat, solange ist zu befürchten, daß die französischen Behörden im Fall Ezac mit Verwaltungsmaßnahmen "am Rande der Legalität" ein politisches Exempel statuieren wollen, um diesem politisch unbequemen Mann einen Dämpfer aufzusetzen. Ezac, der früher einmal den Französischen Jugendrat beim Deutschen Bundesjugendring vertreten hat, ist nämlich schon seit geraumer Zeit gegen die kolonialpolitische Linie der Pariser Regierung aufgetreten und hat zuletzt noch im Jahre 1962 vor dem Kongreß der World Assembly of Youth in Aarhus/Dänemark scharfe Kritik an der Kolonialpolitik seines Heimatlandes geübt. Wenn nicht alles trügt, dann liegen hier die Gründe für den spektakulären Reisepaßentzug, der den französischen Staatsbürger Ezac in höchst autoritärer Weise der Freizügigkeit beraubt hat.

#### Das geht alle Bürger an

Dieses Faktum aber kann nicht mehr eine Sache Frankreichs allein sein, denn dieses Faktum geht alle Bürger der freien Welt an, wenn der freiheitlichen Rechtssicherheit des Westens nicht Hohn gesprochen werden soll. Wenn der Fall Ezac den französischen Behörden wirklich über den Kopf gewachsen sein sollte, dann allerdings sollten sie so rasch als möglich dem grausamen Spiel ein Ende machen.

Der Fall Ezac wird nämlich um so exemplarischer, als es sich bei diesem 34-jährigen Jugendpolitiker um den in Deutschland geborenen Sohn von ehemals deutschen Eltern handelt, die 1939 den nationalsozialistischen Staat verlassen mußten und das freie Frankreich zu ihrer neuen staatsbürgerlichen Heimat gewählt haben. Ezac Familie hat schwer unter dem Terror des Nationalsozialismus gelitten, und er selbst gehörte jahrelang dem Widerstand an. Trotzdem, aber als Sohn zweier Völker, hat er sich früher als mancher andere für die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft eingesetzt und sich in dieser Versöhnungstätigkeit große Verdienste erworben.

Diese Tatsache sollte aber auch genügen, um das Eintreten für Ezac in der Bundesrepublik nicht nur seinen Freunden und der Jugendverbänden zu überlassen. Dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen steht es als Betreuer des deutsch-französischen Jugendwerkes schlecht an, wenn er sich hinter bürokratischer Kompetenz versteckt und mit dem Bundesminister des Auswärtigen der Ansicht ist, daß der Fall Ezac eine innerfranzösische Angelegenheit sei. Die Bonner Leisetreterei beginnt sich zu einem Krebschaden für die deutsch-französische Freundschaft auszuwirken, die der rauhen, aber herzlichen Luft der Aufrichtigkeit bedarf, um leben und wachsen zu können.